

## **Soziale Frage Zwanzig-Zehn Wo ist der Sozialstaat geblieben**

Der europäische Sozialstaat und die Zivilisiertheit unserer Städte sind Errungenschaften so unwahrscheinlich und kostbar wie Kant, Pascal und Mozart  
(Pierre Bourdieu)

### **Diskussion von und mit Kandidatinnen und Kandidaten**

ZUR

### **Landtagswahl 9. Mai**

am **12. April 2010**

um **19:00 Uhr**

im **Reinoldinum** Schwanenwall 34.

Im Gespräch sind – in alphabetischer Reihenfolge:

Gerda **Kieninger**, SPD –

Claudia **Middendorf**, CDU –

Lars **Rettstadt**, FDP –

Daniela **Schneckenburger**, Bündnis 90/Die Grünen –

Christian **Tödt**, DIE LINKE

Moderation: Wiebke **Claussen**, Dipl.Ing, Stadtplanerin –

Frank **Bünte**, Chefredakteur der WR, im Ruhestand –

Einführung: Peter **Strube**, Vorsitzender ALZ –

Die Veranstaltung wird durchgeführt von dem **Arbeitslosenzentrum Dortmund e.V.** in Kooperation mit dem Erwachsenenbildungswerk der **Ev. Kirche von Dortmund und Lünen**, unterstützt von weiteren Einrichtungen und Verbänden, u.a. der **katholischen Stadtkirche** und **akoplan**.

Vor 7 Jahren verkündete der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Agenda 2010. Mit diesem umfassenden Umbau, für die meisten als Abbau empfundenen gesellschaftlichen Umbruch, wurde der Sozialstaat in seinen Grundfesten erschüttert. Das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9.2.2010 spricht zwar nicht so deutlich wie nötig, gibt aber doch Hinweise in diese Richtung. Im Wesentlichen als Arbeitsmarktreform dargestellt, entpuppte sich die Reform spätestens seit Hartz IV als systematische Degradierung ganzer Bevölkerungsschichten. Deutlich wird dies unter anderem durch die erhebliche Ausweitung des Niedriglohnsektors und dem auch daraus folgenden weiteren Auseinanderklaffen von arm und reich.

Verschärft wird die soziale Frage durch den problematischen Umgang mit der Bankenkrise; erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit zig Milliardenbeträge bereit gestellt werden, um die Banken zu retten – für einen Ausgleich im sozialen Bereich ist kaum mehr Geld vorhanden. Die Kosten für soziale Belange werden immer drastischer von Bund und Ländern auf die Kommunen abgewälzt.

Bis heute reißt die seit Jahren versteckte oder offene Diskussion um einen sozialen Staat nicht ab und wird auch nach dieser Veranstaltung nicht beendet sein. Wir wollen unsere demokratischen Rechte wahrnehmen, die einzelnen Positionen der Parteien genauer erfahren, die dahinter stehenden Denkmuster sowie konkrete Denkansätze ergründen und Gelegenheit zum offenen Erfahrungsaustausch in den gegebenen zweieinhalb Stunden anbieten.